



trend DAS WIRTSCHAFTSMAGAZIN 1. DEZEMBER

€ 3,50 / NR. 48 / 2017

REGIERUNG:
*Der blaue
Manager Arnold
Schiefer soll
an die
ÖBB-Spitze*

**HALLO!
MEIN NAME
IST**

ALEXA

**ICH
BIN VOLL IM
TREND**

amazon

amazon

**WAS DIE
DIGITALEN
ECHOS
KÖNNEN**
*Wie persönliche
Sprachassistenten
das tägliche Leben
leichter machen*

PLUS: Warum
Sie freundlich
zu ihr sein
sollten

TEST: ALEXA 
und ihre
Konkurrenten

9 784837 001234

Journalisten werden unter Türkis-Blau mehr denn je gefordert sein, Hülsen darauf abzuklopfen, ob in ihnen auch Früchte stecken.

TREND-KOMMENTAR VON BERNHARD ECKER AUF SEITE 13.

16

ARNOLD SCHIEFER

Der durchschlagskräftige Manager und FPÖ-Regierungsverhandler soll an die Spitze der ÖBB – ob als Chef des Aufsichtsrats oder gar als neuer Generaldirektor, ist noch nicht ganz klar.



PRIVAT

100 AKTUELL

Schillers „Maria Stuart“ im Theater in der Josefstadt • Ring-Trilogie im Theater an der Wien • Alban Bergs „Lulu“ in der Staatsoper • Knapps Liste

102 BÜCHER

Der britische Bestsellerautor Edward St Aubyn widmet sich im neuen Roman dem „King Lear“-Thema.

104 GADGETS

Anregungen für die Suche nach dem passenden Geschenk.

108 GOURMET

Herbert Hacker über das neue „Kim Chingu“ in Wien • Wein der Woche

110 BODY & SOUL

Brillendesigner Robert La Roche und seine Passion für das Sammeln schöner Dinge.

112 REAKTIONEN

Leserbriefe • Impressum

113 BIZ TALK

114 TERMINE

START

6 AKTUELL

Der Campus der Erste Bank soll jetzt nach Prag exportiert werden • Alfred Gusenbauers Gewinne • Supermarktkette Lidl als Stromanbieter

8 NACHGEFRAGT

Warum Google bei einer Wiener Streamingfirma eingestiegen ist • Der neue ÖBB-Caterer im Kurzporträt

ÖSTERREICH

16 PORTRÄT

Das kann Arnold Schiefer.

20 REGIERUNG

So schlagen sich die FPÖ-Novizen bei den Verhandlungen. Plus: wer was wird.

22 INTERVIEW

Der belgische Sozialforscher Frank Vandenbroucke über den Sozialstaat und die nötigen Reformen.

26 SKISPORT

Der Manager von US-Superstar Mikaela Shiffrin, der Österreicher Kilian Albrecht, über sexuelle Übergriffe und die Zukunft des Weltcups.

30 PHARMA

Der Pharmariese Shire hat in Österreich massive Personalkürzungen durchgeführt und will jetzt neu starten.

32 COVER

Das können die digitalen Echos.

38 TREND@VENTURE

Der Galaabend des trend-Start-up-Wettbewerbs.

54 VGN-SPEZIAL MOBILITÄT

79 VGN-SPEZIAL BÖRSE WIEN

WELT

42 BREXIT

Irlands Grenze zu Nordirland wird zum Verhandlungsknackpunkt.

44 SERIE CHINA, TEIL 2

Turbowachstum mit steigender Brandgefahr, Teil 2: 1989-2017

50 SPEZIAL FORSCHUNG

Großinvestition für biopharmazeutische Produktionsanlage in Wien.

52 SPEZIAL ENERGIE

Grazer Gasmotoren für höchst effiziente Kraftwerke.

66 SPEZIAL: LOGISTIK

Sauber durch die Stadt – das Forschungsprojekt EMILIA.

STANDPUNKTE

12 LEITARTIKEL

Angelika Kramer über das Versagen der Justiz im Fall Buwog.

13 AUS DER REDAKTION

Martina Bachler • Bernhard Ecker

14 ANALYSE

KPMG-Partner Werner Girth über sieben Chancen für Österreichs Unternehmen bei der Digitalisierung.



44

CHINA-SERIE, TEIL 2

China gelang der Übergang zum Staatskapitalismus, ohne die Einparteienherrschaft preiszugeben.

SERVICE

86 GELD

Öaktien • Aktien-Favorit Visa • Deutsche Anleihe • Anlage-Tipp

88 OSTEUROPA

Wie Anleger vom Wirtschaftsaufschwung profitieren.

90 TASCHEN

Objekte der Begierde haben oft einen hohen Wiederverkaufswert. Worauf man beim Investieren achten sollte.

94 KARRIERE

Umbau A1-Hauptquartier • Von Jobhoppnern zu Führungskräften • Projekt-Award für Beachvolleyball-WM

96 RHETORIK

Die Kunst der freien Rede hat einen weltweit agierenden Klub.

90

GELDLANLAGE

Luxushandtaschen bringen eine höhere Rendite als Aktien oder Gold.



+ TREND **BRANCHEN** → SEITEN 67 BIS 77



TREND
WIRTSCHAFT
↓
ÖSTERREICH



ZUR PERSON

Frank Vandenbroucke,

62, war Außenminister sowie Minister für Arbeit und Soziales zweier belgischer Regierungen, bevor er die akademische Laufbahn einschlug. Er lehrt an der Universität Amsterdam. Wie sich die EU auf Sozialsysteme auswirkt, ist sein Forschungsschwerpunkt. Zuletzt erschien sein Buch „A European Social Union after the Crisis“.

Der Sozialstaat ist europaweit unter Druck. Der Sozialforscher und frühere belgische sozialdemokratische Minister **FRANK VANDENBROUCKE** hält ihn dennoch für notwendiger denn je, fordert aber Diskussionen über Reformen ohne jegliche Tabus.

„Sozialpolitik als Impfung“

TREND: Es steht außer Frage, dass der Sozialstaat heute vielerorts unter Druck steht, weil es schwieriger wird, ihn zu finanzieren. Wird damit aber gleich das ganze Konzept in Frage gestellt?

VANDENBROUCKE: Nicht, wenn man sich die Fakten ansieht. Im globalen Wettbewerbsranking, das das World Economic Forum erstellt, stehen Länder an der Spitze, die über einen sehr starken Sozialstaat verfügen. Länder wie Finnland, Schweden und Deutschland. Ein gut organisierter Sozialstaat kann die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes also stärken. Ein schlecht organisierter Sozialstaat ist aber eine Last.

Aktuell wird auch in Österreich mitunter davor gewarnt, dass Menschen vom Sozialstaat so abhängig seien wie Junkies von Drogen. Niemand will Abhängigkeiten. Niemand will, dass jemand zum Beispiel ewig in der Arbeitslosigkeit hängen bleibt. Das bedeutet aber auch, dass wir Menschen aktivieren müssen, und das braucht gute Rahmenbedingungen wie öffentliche Verwaltung, Aus- und Weiterbildung, Bildung und Kinderbetreuung. Man muss also in den Sozialstaat richtig investieren, um der Abhängigkeit vorzubeugen. Es kommt darauf an, wie man einen Sozialstaat wettbewerbsfähig macht.

In Europa gibt es verschiedene Ausformungen des Sozialstaats. Sind die Schwierigkeiten, vor denen sie stehen, dennoch vergleichbar? Die rasch alternende Gesellschaft ist sicher für viele Länder eine Herausforderung. Dass mehr in Humankapital, in die Bildung und Ausbildung investiert werden muss, um auf Entwicklungen wie die Digitalisierung vorbereitet zu sein, haben wir ebenfalls gemeinsam. Ich bin davon überzeugt,

dass es bei aller nationalen Divergenz europaweit auch gemeinsame soziale Prinzipien braucht.

Warum ist das so wichtig? Ich sehe Sozialpolitik als eine Art Impfung an. Durch Impfung kann man sich einerseits selbst vor zukünftigen Risiken schützen. Sie schützt aber gleichzeitig auch andere vor möglichen Folgen. Die Krise zeigte, dass das Sozialsystem nicht in allen europäischen Staaten über gleich gute automatische Stabilisatoren verfügt, also über Effekte, die die Folgen von großen Schocks abschwächen können. Dazu zählt zum Beispiel die Arbeitslosenversicherungsversicherung. Wenn viele Menschen ihren Job verlieren, stellt sie sicher, dass sie dann Arbeitslosengeld bekommen. In Ländern wie Italien haben aber damals gerade einmal 50 Prozent der Beschäftigten über eine wirkliche Arbeitslosenversicherung verfügt. Das hat sich mittlerweile geändert. Es zeigt aber, dass nicht nur einzelne Länder, sondern auch Europa profitiert, wenn es gemeinsame soziale Prinzipien hat.

Vor wenigen Wochen fand der erste Sozialgipfel der Europäischen Union statt. Dabei wurden 20 Grundsätze und Rechte definiert, die nun Europas „Soziale Säule“ bilden sollen. Das Recht auf soziale Absicherung ist eben eines davon. Ja, und es geht nun darum, innovative und moderne Wege zu finden, wie die Länder das auf ihre Weise mit Hilfe der europäischen Institutionen sicherstellen. Brüssel muss hier keine Details diktieren, aber es ist wichtig, dass es dieses Prinzip gibt. Es gibt ja bereits neue Probleme. In den Niederlanden zum Beispiel ist die An-

zahl von Einpersonennehmen rapide gewachsen. Viele Menschen lieben es, Freelancer zu sein. Aber viele von ihnen werden nicht ausreichend Pension bekommen, sind kaum vor Krankheit, Invalidität oder Arbeitslosigkeit geschützt. Im Krisenfall kann das nicht nur für den einzelnen, sondern für das ganze Land und Europa zum Problem werden.

Die gleiche Entwicklung gibt es Österreich. Sie hat noch einen Nebeneffekt: Einpersonennehmen sind durch die Sozialpartnerschaft nur beschränkt vertreten. Weder fühlen sie sich irgendwo zugehörig noch fühlt sich jemand wirklich zuständig. Wie sollen Sie Ihre Interessen vertreten? Die großen Veränderungen sollten auch die Interessenvertretungen dazu bringen, sich zu erneuern und dabei innovativ zu sein. Ich bin sehr für den sozialen Dialog, aber die traditionellen Antworten sind bei neuen Problemen in der Regel gar keine Antworten. Der soziale Dialog kann aber Reformen auch antreiben und sollte auf europäischer Ebene gefördert werden.

In den Krisenjahren war in erster Linie von Ausgabenkürzungen die Rede, nicht von einem sozialen Europa. Ist das jetzt, da die Wirtschaft wieder halbwegs läuft, wirklich anders? Ich glaube, dass die Offenheit nun größer ist, aber wohin die Diskussion führt, ist noch nicht ganz klar. Fest steht aber, dass sich die Europäische Kommission in den vergangenen Jahren in Selbstkritik übte. Sie hat realisiert, dass sich viele Europäer nicht geschützt fühlen. In der Vergangenheit drehte sich der ganze Diskurs um Flexibilität, Aktivierung und Öffnung. Auch in der Kommission wurde erkannt, dass die Bürger aber auch Stabilität brauchen. In ihrem eigenen Leben, in der Gesellschaft. Europa braucht Öffnung und Mobilität, aber beides darf die Sozialsysteme einzelner Mitgliedsstaaten nicht gefährden. Es ist wichtig, dass die EU-Kommission deshalb die sogenannte Entsende-Richtlinie überarbeitet hat.

Eine der Begründungen der Briten für ihren Frust gegenüber der EU lautet ja, dass sie unterschätzt haben, wie viele Europäer bereit sind, für einen besseren Job nach Großbritannien zu kommen. Die Briten haben sofort, als 2004 die große Erweiterungsrunde in Osteuropa stattfand, ihren Arbeitsmarkt geöffnet. Deutschland, Österreich und auch

INTERVIEW: MARTINA BACHLER

► die Niederlande haben das nicht gemacht. Großbritannien hat allerdings nicht die richtigen sozialen Rahmenbedingungen gesetzt. Migrantenfamilien und britische Familien mit geringem Einkommen haben um viel zu wenig Wohnraum, Schulplätze und soziale Leistungen kämpfen müssen. Hinzugekommen ist, dass der Arbeitsmarkt in Großbritannien sehr wenig reguliert ist. Das hat die Lage insoweit verschärft, als die Vielzahl der Zuwanderer, die den Job dann auch um wenig Geld machten, den Druck nochmals erhöhte. Ich erörtere das auch in meinem Buch: Der Brexit ist eine zynische Antwort Großbritanniens auf seine selbstgemachten Probleme.

Auch in anderen Ländern sehen wir, dass Migration zu Druck im Niedriglohnssektor führt. Diese sozialen Spannungen soll man auf gar keinen Fall verschweigen. Allerdings ist etwa Österreich dennoch netto ein Profiteur der Migration. Das heißt, die Migration gibt auch die Mittel, um damit nötige Sozialpolitik zu machen, nicht per se eine Bremse.

Eines der großen Versprechen der EU war die Konvergenz: Staaten mit niedrigerer Lebensqualität und schwächerer Wirtschaft sollten zu den besser entwickelten aufsteigen. Das hat lange funktioniert, tut es nun aber nicht mehr wirklich. Wie kann sich das wieder ändern? Die Konvergenz war lange das große Narrativ der Europäischen Union, und viele Länder haben auch stark aufgeholt. Um 2004 herum hat dieser Effekt ge-

„Die EU muss sich nicht um Details kümmern, aber sie soll auch im Sozialen Standards setzen.“

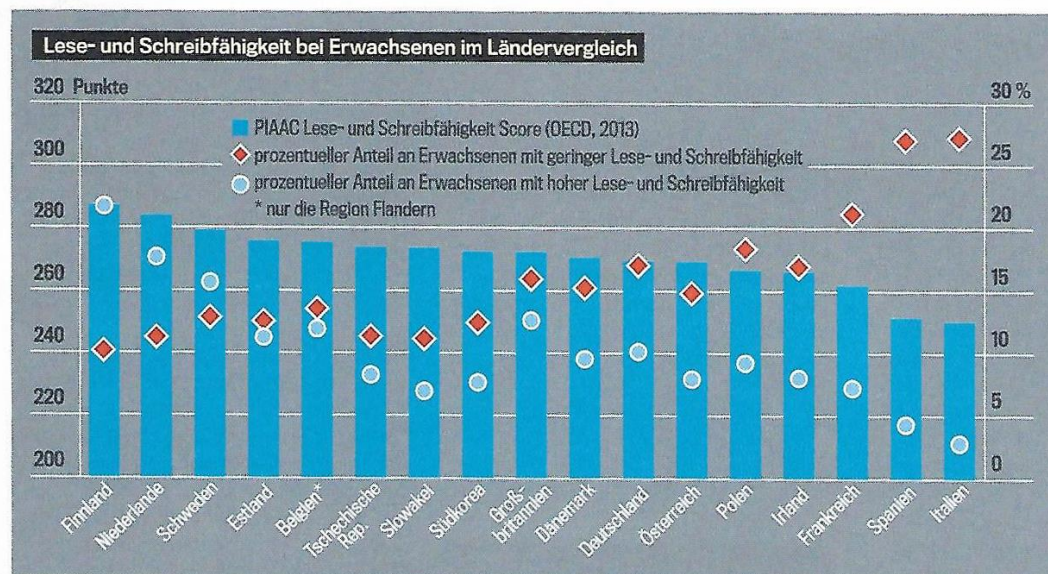
FRANK VANDENBROUCKE
EX-POLITIKER, SOZIALFORSCHER

stoppt oder nachgelassen. Heute sehen wir ein differenziertes Bild: Was die Kaufkraft angeht, hat zum Beispiel Polen nun Griechenland überholt. Zum einen, weil Polen sich stark entwickelt hat, zum anderen aber auch, weil Griechenland so massiv zurückgefallen ist. Die Griechen wissen das, sie spüren das natürlich. Um Wachstum zu fördern, bräuchte Griechenland eine echte, zukunftsorientierte, soziale Investitionspolitik.

Was heißt es, in Humankapital zu investieren? Wir haben gesehen, dass Länder wie Italien, Griechenland und Spanien überproportional viel für Pensionen ausgegeben haben, aber verhältnismäßig wenig, um die Qualifikation seiner Bevölkerung zu verbessern. Bei den skandinavischen Ländern sieht das zum Beispiel ganz anders aus, deren Wohlfahrtsstaaten haben hier einen anderen Schwerpunkt gesetzt. Wir können von diesen unterschiedlichen Ansätzen lernen. Das Prinzip muss aber sein, dass jedes Land ausreichend in die Zukunft investiert, damit es nicht zurückfällt.

Und dafür braucht es eine Soziale Säule der EU? Die EU muss sich dabei nicht um die Details kümmern, aber sie soll und kann hier die Standards setzen. Auch, um sicherzustellen, dass es nicht zu einer Spirale nach unten kommt. Dabei geht es um Mindestlohnfragen oder eben darum, sicherzustellen, dass ausreichend viele Menschen gegen Arbeitslosigkeit versichert sind. Wir müssen hier alle innovativer werden.

Diskussionen um Reformen des Sozialstaats werden meist sehr dogmatisch geführt. Die einen wollen kürzen, die anderen nicht. In Österreich ist zuletzt auch immer wieder das Thema Betrug in den Vordergrund gerückt. Was würde es bedeuten, das Thema wirklich offen zu diskutieren? Wir müssen aufhören, einzelne Bevölkerungsgruppen dabei gegeneinander ins Feld zu führen. Wir müssen traditionelle Zwiespälte überkommen, auch um zu einer wirklichen europäischen Perspektive zu kommen. Diese Notwendigkeit besteht einfach. Auch gibt es die Tendenz, dass in den Diskussionen von der Verantwortung der Armen die Rede ist, aber nicht von der Verantwortung der Reichen und derjenigen, die mehr Macht haben. Als Europa muss uns klar sein, dass wir nun liefern müssen, dass die Soziale Säule nicht auf dem Papier kleben bleiben darf. Sie muss Eingang ins Europäische Semester finden, indem wir nicht nur das Budget, sondern auch soziale Ziele monitorieren. Auch der Kohäsions- und der Regionalfonds sollen daran gekoppelt werden. **IT**



SOZIALE PROBLEME. Die OECD misst regelmäßig die Les- und Schreibfähigkeit. In Europa hat sich ein Nord-Süd-Gefälle herausgebildet. Für Länder wie Spanien und Italien, aber auch Frankreich kann das in Zukunft zu einem großen sozialen und wirtschaftlichen Problem werden.